

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

**Ettlinger Zeitung. 1949-1973  
1952**

285 (6.12.1952)

# ETTlinger ZEITUNG

Erscheinungswort: Täglich, mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zusätzlich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 1.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landmann  
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung  
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgehoben, Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4. 58. Jahrgang

Samstag, den 6. Dezember 1952

Nr. 285

## Donnelly verläßt Bonn am Donnerstag

### Abschiedsbesuch beim Bundespräsidenten

Bonn (UP). Der scheidende US-Hochkommissar Donnelly warnte vor der Gefahr des Neonazismus, der Widerstand geleistet werden müßte. In einer Würdigung der Erfolge des demokratischen Deutschlands sagte Donnelly: „Bundeskanzler Adenauer ist einer der großen Männer unserer Geschichte“. Der außerordentliche Wiederaufstieg des deutschen Volkes seit dem Kriege habe ihn beeindruckt. Es grenze beinahe an ein Wunder, daß Deutschland sieben Jahre nach seinem Zusammenbruch die gegenwärtige kräftige Wirtschaft wiederaufbauen konnte, sagte der Hochkommissar.

Donnelly teilte mit, er werde Bonn am kommenden Donnerstag verlassen und im neuen Jahr in Südamerika in die Privatwirtschaft gehen. Sein Entschluß, nur bis Ende 1952 auf diesem Posten zu bleiben, habe schon festgestanden, als er nach Deutschland versetzt worden sei.

Donnelly stattete dem Bundespräsidenten einen Abschiedsbesuch ab: am Montag wird er den Bundeskanzler zum gleichen Zweck aufsuchen. Präsident Truman hatte das Rücktrittsgesuch Donnellys vor einigen Tagen angenommen und Donnelly für seine, wie sich Truman ausdrückte, außerordentlichen Leistungen gedankt.

## Nur eine Stimme Mehrheit für Pinay

### Paris braucht dringend 125 Millionen Dollar

Paris (UP). Ministerpräsident Antoine Pinay wurde nur mit knapper Not von einem schweren Rückschlag verschont, als die sozialistische Fraktion der französischen Nationalversammlung einen Fidejussurtrag gegen das Wiederaufbau-Budget der Regierung einbrachte. Dieser Antrag wurde mit einer einzigen Stimme Mehrheit — mit 306 gegen 305 Stimmen — abgelehnt.

Aus zuverlässiger Quelle in Washington verriet, die französische Regierung wolle die USA demnächst um die beschleunigte Zuweisung von 125 Millionen Dollar für die Weiterführung des Krieges in Indochina bitten. Als Begründung wurde angeführt, daß es der französischen Regierung unmöglich sei, diese Summe zu beschaffen. Gleichzeitig soll erklärt werden, daß es sich um eine Angelegenheit von größter Dringlichkeit handle, die keinen Aufschub bis zur Übernahme der Regierung durch Eisenhower vertragen. Von französischer Seite ist bereits früher darauf hingewiesen worden, daß Frankreich von den USA statt der ursprünglich versprochenen Finanzhilfe von 650 Millionen Dollar in diesem Jahr nur 525 Millionen Dollar erhalten habe, wodurch die französische Regierung in eine finanzielle Notlage geraten sei.

## VOM TAGE

Der Bundestagsabgeordnete Freudenberg, der sich gegen die deutsch-alliierten Verträge äußerte, ist aus der FDP-Fraktion, bei der er hospitierte, ausgeschlossen worden.

Der belgische Justizminister L. Lagae ist von seinem Posten zurückgetreten, nachdem er einen Herzanfall erlitten hatte.

Prinz Bernhard der Niederlande kehrte von seiner Reise durch Mexiko, Kolumbien, Ecuador und Peru nach Holland zurück.

Die englischen Briefmarkensammler hatten ihren großen Tag. In den britischen Postämtern wurden die ersten Briefmarken mit dem Kopf der Königin Elisabeth verkauft.



Matthias in Gedenkstättchen eingeweiht  
In einer erregenden Feierstunde wurde die Gedenkstättchen Bergen-Belsen eingeweiht, die den 22 500 Opfern des Konzentrationslagers Gedenken sind. An einer 30 m langen Gedenkmauer erinnern Inschriften in elf Sprachen an die Opfer. Von dem danebenstehenden 25 m hohen Sandstein-Obelisk geht der Blick westlich über die jetzt tief verschneite Heide

## Vermittlungsversuch Storchs gescheitert

### Es bleibt beim Streik - Neue Verhandlungen am Dienstag

Bonn (UP). Der Versuch des Bundesarbeitsministers Storch, in dem Lohnstreik zwischen den Unternehmern des graphischen Gewerbes und der Industriegewerkschaft Druck und Papier zu vermitteln und den geplanten Streik zu verhindern, ist zunächst gescheitert. Nach Angaben von Konferenzteilnehmern sind für den 9. Dezember 1952 neue Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern vorgesehen. Bis zum kommenden Dienstag werde der Streik also auf alle Fälle dauern.

An den Verhandlungen nahmen neben dem Bundesarbeitsminister als Vermittler für die Gewerkschaften der erste Vorsitzende der IG Druck und Papier, Heinrich Hansen, und für die Arbeitgeber Emil Groß vom Gesamtverband der deutschen Zeitungsverleger und Max Burk von der Arbeitsgemeinschaft der Graphischen Verbände teil. Ein Vorschlag der Verleger, die Zeitungen wenigstens noch über das Wochenende normal erscheinen zu lassen, ist von den Vertretern der Gewerkschaft abgelehnt worden. Hansen erklärte, er habe keine Vollmachten, über eine Aussetzung des Streiks an Ort und Stelle zu entscheiden. Zuvor hatte sich der erste Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Walter Freitag, in persönlichen Besprechungen mit führenden Mitgliedern der IG-Druck und Papier verbündelt um eine Vermittlung bemüht, wobei er besonders auf die wirtschaftlichen Folgen des Streiks hinwies.

Bundesarbeitsminister Storch sprach nach den Verhandlungen die Hoffnung aus, daß die Besprechungen am kommenden Dienstag erfolgreich sein werden. Die Zusammenkunft am Freitag sei in einer loyalen Atmosphäre verlaufen. Heinrich Hansen erklärte, die Gewerkschaften seien bereit gewesen, einen Ta-

rifabschluss zu tätigen. Leider sei das in den bisherigen Verhandlungen nicht möglich gewesen. Auch er versprach sich von den kommenden Besprechungen eine Lösung des Lohnkonflikts.

Das Deutsche Industrie-Institut bezeichnete die Arbeitniederlegung im graphischen Gewerbe als einen „unnützen Streik“, der das Merkmal der Überhaftung trage. Die Behauptung, der Arbeiter im graphischen Gewerbe habe keine der Produktionssteigerung entsprechende Erhöhung der Bezüge erreicht und stehe schlechter als andere Kategorien, sei eine Unwahrheit. Nach den Feststellungen des Industrie-Instituts hat ein mittlerer Arbeiter in der papierverarbeitenden Industrie im Mai dieses Jahres 319 DM, sein Kollege im Flachdruckgewerbe 412 DM und im Buchdruck 436 DM verdient. In diesen Zahlen seien die hohen Zuschläge für Sonntags- und Mehrarbeit nicht einbezogen. Demgegenüber habe ein Angestellter im öffentlichen Dienst im Oktober 1952 nur 307 DM, im mittleren Dienst 387 DM und im gehobenen Dienst 493 DM verdient. Ein Lehrer, der im Jahre 1938 etwa 300 DM monatliches Einkommen gehabt habe, erhalte heute nur 385 DM.

Zum Streiktermin selbst erklärte das Institut, die Gewerkschaft habe sich geschäftlich gesehen, den denkbar schlechtesten Termin ausgesucht. Dies sei „wohl kein Zufall“. Gerade vor Weihnachten würde der Ausfall der Anzeigen, die Verzögerung des Drucks von Büchern, Zeitschriften und Werbeprospekten eine empfindliche Geschäftseinbuße bedeuten, die schließlich auch die Arbeiter treffen müsse. Sollte es nicht gelingen, diesen „unnützen Streik“ zu verhindern, dann würde in der Tat das Wirtschaftsgefüge nicht nur das graphische Gewerbe von den Auswirkungen betroffen werden.

## USA liefern modernste Waffen an Deutschland

### Adenauer verteidigt seine Verträge — Schwere Auseinandersetzung im Bundestag

Bonn (E.B.). Der letzte Tag der großen Debatte im Bundestag um die deutsch-alliierten Verträge sah die besten Redner aller Parteien im erbitterten Kampf um die Grundzüge und Auswirkungen dieses Vertragswerkes. Nachfolgende Auszüge aus diesen Reden geben ein Spiegelbild des Verlaufes dieser Debatte bis zu unserem Redaktionsschluss.

Am dritten Tage der zweiten Lesung der deutsch-alliierten Verträge im Bundestag wandte sich zunächst der Bundeskanzler scharf gegen den Standpunkt der Sozialdemokraten. Er erinnerte daran, daß der sozialdemokratische Parteivorstand im Dezember 1948 in einer Sitzung in Bad Godesberg zur Frage der Remilitarisierung Stellung genommen habe. Weder in den damaligen Entschließungen noch in den Erklärungen der Vorstandsmitglieder Schmid und Ollenhauer sei auch nur ein Wort des von der SPD heute vertretenen Standpunktes gefallen.

Dr. Adenauer bezeichnete ferner eine Äußerung des SPD-Juristen Arndt als unwahr, der behauptet hatte, im Parlamentarischen Rat habe sich der damalige Abgeordnete Heuss für die Streichung des Artikels 4 des Grundgesetzes ausgesprochen, weil er einer allgemeinen Wehrpflicht entgegenstehen würde. Der Artikel 4 stellt fest, daß niemand gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst gezwungen werden darf. In Wirklichkeit habe Heuss gesagt, so führte Adenauer an Hand des Protokolls des Parlamentarischen Rates aus, daß die Wehrpflicht legitimes Kind der Demokratie sei.

### Politik der Selbsterhaltung

Der FDP-Abgeordnete Stegner vertrat den Standpunkt: „Wir betrieben keine Politik der Stärke, sondern eine Politik der Selbsterhaltung. Entweder wir verteidigen Europa alle, dann haben wir alle dazu beizutragen, oder wir verhindern die europäische Entwicklung, dann bitte ich die Opposition, mir einen Weg zu zeigen, die abendländische Kultur und die Kultur unseres Volkes zu retten.“

Von ständigen Zwischenrufen der äußersten Linken unterbrochen, erklärte die CDU-Abgeordnete Margarete Gröwel, die deutschen Frauen müßten sich schämen, mit welchen Blendwerken sie von den kommunistischen Einflüsterern zu einer Unterschrift für die „Friedensaktion“ mißbraucht würden. Das sei deshalb so gefährlich, weil die Mütter und Frauen des Ostens verzagen müßten, wenn sie vorgehalten bekämen, wie zahlreich westdeutsche Frauen diese Aktion unterstützten. „Sie müßten annehmen, daß auch wir dieser kommunistischen Zauberformel verfallen sind“.

Erhard über die wirtschaftlichen Folgen  
Bundeswirtschaftsminister Erhard führte aus, man müsse, um eine Integration zu erreichen, in Richtung auf eine freie Konvertibilität der Währung vorstoßen. Es werde in der Europäischen Gemeinschaft Gleichberechtigung herrschen, weil die Beiträge prozentual nach dem Sozialprodukt errechnet würden. Wegen der Tatsache, daß in Deutsch-

land die Preise immer noch niedriger liegen als in den übrigen europäischen Ländern, möge der Eindruck entstehen, daß der deutsche Beitrag höher sei als der der übrigen Länder.

Ein Gefälle von Ost nach West habe es in Deutschland immer gegeben. Damit sei aber nicht zugegeben, daß dieser Zustand nicht einer Reform bedürfe. Die Bundesregierung habe sich immer bemüht, diese Entwicklung aufzuhalten. Die Verschiebung sei jedoch nicht nur ein wirtschaftliches und soziales, sondern auch ein politisches Problem. Im EVG-Vertrag sei ausdrücklich festgelegt, daß das Kommissariat bei der Vergabe der Aufträge mit den Wirtschaftsministern der einzelnen Staaten in enger Verbindung bleiben müsse. „Wir haben also auch unmittelbar die Möglichkeit, die Ostgebiete zu beteiligen und wir haben auch die Absicht, das zu tun“.

### Hallstein weist SPD-Anträge zurück

Im Namen der Bundesregierung lehnte Staatssekretär Hallstein die von der sozialdemokratischen Opposition vorgelegten Änderungsanträge zu den Restifizierungsgesetzen ab. Zu dem Antrag, der Bundestag solle die Zustimmungspflicht des Bundesrates im Restifizierungsgesetz zum EVG-Vertrag festlegen, sagte Hallstein der Bundestag könne nicht mit Gesetzeskraft über eine solche Zustimmung beschließen. Die Forderung, für Besatzungsschäden eine volle Entschädigung in Geld nach dem Wiederbeschaffungswert im Restifizierungsgesetz zum Deutschlandvertrag aufzunehmen, erwiderte der Staatssekretär mit der Ankündigung, es werde sobald wie möglich ein Bundesleistungsgesetz, ein Landbeschaffungsgesetz und Gesetze über Schutzgebiete und Abgeltung von Besatzungsschäden vorgelegt.

Die SPD verlangte ferner eine verbindliche Erklärung über die von den Alliierten 1945 getroffenen Abkommen, insbesondere die französische Stellungnahme zum Potsdamer Abkommen. Hallstein ist in diesem Punkt der Ansicht, daß die Viermächte-Vereinbarungen von 1945 allgemein bekannt sind. Die Ziele der deutschen Wiedervereinigung könnten auf keinen Fall aus dem Potsdamer Abkommen hergeleitet werden. Es sei unzutreffend, daß die deutsche Wiedervereinigung im Deutschlandvertrag auf andere Abkommen Bezug nehme, die der Bundesregierung nicht bekannt sind.

Die SPD beantragte schließlich, die Restifizierungskarte erst dann zu hinterlegen, wenn das Bundesverfassungsgericht die formliche und sachliche Vereinbarkeit dieses Gesetzes mit dem Grundgesetz festgestellt habe. Die rechtliche Zulässigkeit einer solchen Einbringung verneinte Hallstein, da der Bundestag nur „Ja“ oder „Nein“ zum Restifizierungsgesetz sagen könne.

Einen weiteren SPD-Antrag, vor der Restifizierung müsse die französische Regierung ihre Besitzergreifung im Saargebiet mit dem EVG-Vertrag in Einklang gebracht haben, bezeichnete Hallstein als widersprüchlich, da

## Querschnitt der Woche

### Von Eduard Funk

Aus dem reichen Repertoire seiner politischen Routine zog der Bundeskanzler mitten in der großen Parlamentsschlacht um die deutsch-alliierten Verträge eine gewaltige Überraschung: Er ließ die dritte Lesung des Vertragswerks aussetzen und beantragte eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das feststellen soll, ob diese Verträge mit einfacher Mehrheit im Bonner Parlament verabschiedet werden können. „Skandal ohnegleichen“ rief der maßlos bestirzte SPD-Führer Ollenhauer aus und selbst ein Teil der Koalitionsabgeordneten war zunächst so verwirrt, daß sie diese Information aus dem Kanzleramt für unwahr hielten und dementierten.

Die Wirkung dieses „Blitzes aus hellem Himmel“ ist verständlich: Noch am Vorlage hatte der Kanzler im Bundestag auf eine möglichst rasche Ratifizierung gedrängt und dann seine Juristen in die Debatte geschickt, um beweisen zu lassen, daß den Verträgen „keine Spur von Verfassungsverletzung“ anhafte. Natürlich blieb die Opposition trotzdem bei ihren Zweifeln und manche von ihr vorgetragene Argumente dürften auf viele Rundfunkhörer Eindruck gemacht haben, die den größten Teil der mitunter nicht sehr nobel geführten Auseinandersetzungen verfolgen konnten.

Die am meisten interessierende Frage blieb trotzdem offen. Weshalb entschloß sich Dr. Adenauer zu diesem sensationellen Schritt? Er selbst gab dafür als einzigen Grund die angebliche „Zeitersparnis“ an. Daß dieses unerwartete Motiv nur die wirklichen Absichten des Kanzlers verschleiern soll, liegt auf der Hand. Denn wenn sein „Fahrplan“ funktioniert hätte, sollte der Bundestag sofort nach der zweiten die dritte Lesung vornehmen. Dann wäre in den Tagen vom 9. bis 12. Dezember das Gutachten des Bundesverfassungsgerichts für Prof. Heuss erstattet worden. Hätte dieses den Standpunkt der Regierung geteilt, dann wäre die Verfassungsklage der SPD hinfällig geworden und nur noch das Problem ungeklärt geblieben, ob die Verträge der Zustimmung des Bundesrates bedürften.

Während der Kanzler dem Bundesrat dadurch einigen Wind aus den Segeln nahm, daß er die umstrittensten Paragraphen des Restifizierungsgesetzes ausklammerte (Steuern, Zölle etc.), um dadurch den Hauptteil der Verträge der Kompetenz der Ländervertreter zu entziehen, scheinen ihm mittlerweile nun doch Bedenken gekommen zu sein, ob es politisch psychologisch zweckmäßig ist, alle Verfassungseinwände der Opposition zu majorisieren und das Karlsruhe Gericht vor vollendete Tatsachen zu stellen. Dr. von Brentano, der Fraktionsvorsitzende der CDU, gab auf Fragen der Presse nach den Ursachen des plötzlichen Kurswechsels nur die sibyllische Antwort: „Wir sind inzwischen klüger geworden“.

Weshalb? müßte man hierauf zurückfragen. Und vielleicht sind wir in diesem, ein wenig hinter die Kulissen der Regierungspolitik zu schauen, wenn wir folgende Überlegungen anstellen: Das Plenum des Bundesverfassungsgerichtes soll — nach der bisherigen Tagesordnung — am 9. Dezember mit der Ausarbeitung des Gutachtens für den Bundespräsidenten beginnen. Gewisse Indizien lassen darauf schließen, daß mindestens ein Teil der Richter ernsthafte Bedenken gegen die Verfassungsmäßigkeit einzelner Bestimmungen der deutsch-alliierten Verträge hegt. Ihr Gutachten trägt offiziell nur empfehlenden und keinen gesetzlich bindenden Charakter, aber es hätte einen erheblichen Prestigeverlust für den Kanzler zur Folge, wenn in diesem Gutachten etwa die Legalität eines Wehrpflichtgesetzes verneint würde.

Diesen und anderen Eventualitäten beugte die Regierung nun dadurch vor, daß sie beim Bundesverfassungsgericht eine Feststellungsklage einreichte, um vor der dritten Lesung der Verträge im Parlament prüfen zu lassen, ob diese mit einfacher Mehrheit angenommen werden dürfen. Da eine Klage in der Regel den Vorrang vor einem Gutachten hat, dürfte sie vermutlich vor dem Auftrag des Bundespräsidenten erledigt werden. Außerdem — und das scheint sehr wichtig zu sein — ist für diese Klage der Zweite Senat des Verfassungsgerichts zuständig, dem man nachsagt, seine Zusammensetzung sei für die Bundesregierung günstiger als die des Ersten Senats und damit vielleicht auch des Plenums.

Würde nun der Zweite Senat feststellen, daß für die Annahme der Verträge eine einfache Mehrheit im Parlament genügt, dann wäre Verträge jetzt wohl ratifiziert werden würden, so müßten die alten Soldaten dafür sorgen, „daß anstelle der Regierung Adenauer eine andere Regierung kommt“. Wenn es uns nicht gelingt, mit dem Stimmzettel an die Macht zu kommen, müssen wir kapitulieren“. Machtergreifung auf legalen, in der Demokratie möglichen Wege, bedeutet das. Demokratie ist übrigens nach Ansicht eines anderen „Deutschland-Briefes“ der „Bewegung Reich“ die „Auswahl der Niedrigsten“.

Aber der Abend schritt noch munterer fort. Gegen zwölf Uhr fuhren die ersten, nachdem ihnen die Fahrtauslagen großzügig pauschal erstattet worden waren, heim. Der Rest soll noch gemütlich beisammen, „wie bei einem richtigen Kameradentreffen“, Volkmar, Geschwaderkollege Rudels, ärgerte sich über ihn: „Er kommt nicht mit den richtigen Leuten zusammen“. Nein, das hier waren weiß Gott

(Fortsetzung auf Seite 2)

weder die Gegenklage der SPD wie das Gutachten für den Bundespräsidenten gegenstandslos geworden und der Bundesrat könnte keinerlei Einwendungen mehr erheben, da er nur dann die Ratifizierungsgesetze von seiner Zustimmung abhängig machen kann, wenn durch sie die Verfassung verletzt oder geändert wird. Es scheint also wirklich so zu sein, daß laut Brentano in Bonn einige Leute inzwischen klüger geworden sind, denn dieser Schachzug ist in der Tat so raffiniert, daß die Enttäuschung der in die Ecke gespielten Kontrahenten durchaus begrifflich ist.

Die Aufmerksamkeit und Sorge, mit denen wir diese Entwicklung in Bonn verfolgten, sollte in unserer Erinnerung nicht eine andere Entscheidung überdecken, die vor wenigen Tagen gefallen ist: die Wahl eines neuen Landtags im Saargebiet. Man hat in Paris aus ihrem Ergebnis die Schlussfolgerung gezogen, die Mehrheit der Bevölkerung habe sich zum Regime des Ministerpräsidenten Hoffmann und damit zur Europäisierung des Landes bekannt. Der Irrtum, solcher Spekulationen ist leicht nachzuweisen: 1. Die Frage der Europäisierung stand überhaupt nicht zur Abstimmung. 2. Von den 579 228 abgegebenen Stimmen erhielt die Partei Hoffmanns (CVP) 239 421, also nicht einmal die Hälfte, während 141 792 Wähler ungültige Zettel abgegeben hatten und 20 000 mehr als 1947 zu Hause geblieben waren. Gegenüber den übrigen Parteien errang die CVP allerdings die absolute Mehrheit im neuen Saarlandtag, den Bonn mit Recht für illegitim erklärte, nachdem er aus illegalen Wahlen hervorging.

Der französische Außenminister Schuman will das vor den Wahlen abgebrochene Gespräch mit Bonn nunmehr fortsetzen, indem er sich entschloß, einen seit dem 16. Oktober auf seinem Schreibtisch liegenden Brief des Bundeskanzlers zu beantworten. Viele Hoffnungen wird man jedoch nicht an diese Geste knüpfen können, denn sie wurde mit der Mitteilung verbunden, daß Frankreichs Wirtschaftsanwalt mit dem Saarland nicht angestrebt werden dürfe. Eine der wesentlichsten Voraussetzungen einer deutsch-französischen Verständigung ist damit von vornherein schon entfallen.

Schließlich muß noch eine weitere Nachricht aus Bonn zur Komplettierung unserer Wochenchronik erwähnt werden: US-Hochkommissar Donnelly ist überraschend von seinem Posten zurückgetreten, um sich ins Privatleben zurückzuziehen. Man munkelt, daß Donnelly seinen Dienst deshalb so schnell quittierte, um der später sicheren Annahme seines Rücktrittsgewässes vorzubeugen, das alle amerikanischen Diplomaten traditionsgemäß dem neuen Präsidenten Eisenhower nach dessen Amtsantritt einreichen müssen. So hat er wenigstens den Anschein des freiwilligen Verzichts gewahrt.

Eisenhower machte inzwischen den angekündigten Besuch in Korea, wo er sich davon überzeugen mußte, daß eine Zurückziehung der US-Truppen — im Gegensatz zu seinen Versprechungen während des Wahlkampfes — vorläufig ausgeschlossen ist. Vielmehr sah er sich sogar dazu gezwungen eine Verstärkung der US-Hilfe für Südkorea in Aussicht zu stellen, die jedoch mit der bedeutsamen Bemerkung verknüpft wurde, daß eine Ausweitung des Krieges, d. h. des Kriegsschauplatzes unter allen Umständen verhindert werden soll. Nach der Ablehnung des indischen Vermittlungsvorschlages durch Moskau und Peking hat Eisenhower in der Tat auch keine andere Wahl, als wieder an das Argument der Waffen zu appellieren.

(Fortsetzung von Seite 1)

der Vollzug erst nach seinem Inkrafttreten möglich sei. Der EVG-Vertrag läßt aber vor, daß nationale französische Truppen nicht im Saargebiet stationiert werden könnten. Truppen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft benötigen die Zustimmung der Bundesrepublik, wenn sie sich im Saargebiet aufhalten wollten.

**Ollenhauer für kollektive Weitsicherheit**  
Der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei, Erich Ollenhauer, bekundete nochmals die Auffassung der Opposition, daß die Vertragswerke aus europäischer Verantwortung abgelehnt werden sollten. Sie stellen nichts anderes dar, als eine vertraglich gesicherte halbe und zwielichtige Souveränität. Gleichzeitig forderte Ollenhauer einen echten Zusammenschluß aller Völker über Europa hinaus, in dem Deutschland als Gleicher unter Gleichen seinen Platz habe. Wenn man auch über die Form streiten könne, so müßten die jetzt vorliegenden Verträge doch durch neue Verhandlungen für ein kollektives Weitsicherheitssystem abgelöst werden.

Außerdem warf der SPD-Vorsitzende dem Bundeskanzler vor, ein „frevelhaftes Spiel“ mit dem Ansehen und der Autorität des höchsten Gerichts der Bundesrepublik zu treiben, wenn er heute versuche, mit Sicherheit eine ihm genehme Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts herbeizuführen.

Mit scharfen Worten wies er die von Bundeskanzler Adenauer genannte Alternative „Freiheit oder Sklaverei“ als gemeinschaftszeretzend zurück. Damit unterstelle der Kanzler der SPD und den Millionen Deutschen, die zu den Verträgen „Nein“ sagen, daß sie die Sklaverei wählen. Mit solchen Bemerkungen werde eine Kluft aufgetan, die tödlich für die Demokratie und die Freiheit werden könne. Der Kanzler habe nicht das Recht, die Gefühle eines großen Teils des Volkes in dieser Weise zu beleidigen und zu verächtlichen.

Ollenhauer nannte zwei Punkte, die seiner Ansicht nach gegen die Verträge sprächen. Erstens würde die Bundesrepublik mit einem Beitritt zur EVG freiwillig eine militärische Bindung eingehen, die von einer der Besatzungsmächte als gegen die Verträge angesehen werden müsse. Zweitens bedeuteten die Verträge eine Vertiefung der Spaltung Deutschlands. Er hob die Gewissensentscheidung der Sozialdemokraten in dieser Frage hervor und erklärte, daß die Politik heute in Wirklichkeit von den USA und der Sowjetunion bestimmt werde. Die von der Koalition betonte Politik der Stärke aber führe unvermeidlich in die Nähe eines Krieges.

(Schluß Seite 4)

# Adenauer will „Zeit sparen“

### Ratifizierung in der zweiten Jahreshälfte - Folgt Frankreich dann im März?

Bonn (E.R.) „Der einzige Grund für mein Vorgehen ist die Zeitersparnis, die wir jetzt auf alle Fälle erreichen werden“, erklärte Bundeskanzler Dr. Adenauer auf die Frage nach den wirklichen Beweggründen für die überraschend geplante Aufschiebung der dritten Lesung der deutsch-alliierten Verträge.

Nunmehr könne die Ratifizierung auf alle Fälle in der zweiten Jahreshälfte stattfinden. „Wir haben aus drei Zustimmungsgesetzen alle Paragraphen, die möglicherweise zustimmungspflichtig sein könnten, ausgeklammert, und in einem Gesetz zusammengefaßt“. Der Zweite Senat werde feststellen, daß die Ratifizierungsgesetze einfache Bundesgesetze seien, die mit einfacher Mehrheit angenommen werden könnten. Der SPD werde die Möglichkeit genommen, die Annahme der Abkommen ständig hinauszuzögern. Dr. Adenauer betonte, der Bundestag müsse das Vertragswerk so schnell wie möglich ratifizieren, damit die Bundesrepublik vor allem gegenüber Frankreich eine stärkere Position erhalte. Vorläufig könnten die Franzosen immer noch sagen, daß die Deutschen auch nicht ratifizieren wollten. Er sei davon überzeugt, daß Frankreich die Verträge im März 1953 nach der Zustimmung des Bundestages ebenfalls verabschieden werde.

Bundesminister Hellwege protestierte namens der Bundestagsfraktion der Deutschen Partei gegen die Verschiebung der dritten Lesung der Verträge.

Bundespräsident Heuss hat es abgelehnt, zu der neuen Lage, die sich für das Bundesverfassungsgericht durch die Entwicklung im Bundestag ergeben hat, eine Erklärung abzugeben. Er vertrete den Standpunkt, daß das Bundesverfassungsgericht „aus eigener Zuständigkeit und Verantwortung auch über das im Sommer beantragte Rechtsgutachten die Verfahrensentscheidung zu treffen hat“.

Die Sozialdemokraten nannten die Absicht der Regierungsparteien, die Verfassungsklage einzureichen, „das klare Eingeständnis einer schweren politischen Niederlage“. Auf diese Weise werde versucht, durch einen „Advokatenkniff“ dem politischen Gegner vorzuzukommen.

## 60 Änderungen zum Notenbankgesetz

### Vom Bundesrat vorgeschlagen — 100 DM monatliche Zulage für Richter

Bonn (U.P.) Der Bundesrat machte nicht weniger als 60 zum Teil sehr wesentliche Änderungsvorschläge zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Bundesnotenbankgesetz. Die Vorschläge sollen nach den Ausführungen des Bremer Finanzsenators Nolting-Hauff die Unabhängigkeit des Noten-

banksystems von der Bundesregierung verstärken.

Die Ländervertreter sprachen sich für das von Bundesfinanzminister Schäffer gegen den Bundeswirtschaftsminister vertretene dezentralistische Bankensystem mit der Beibehaltung der Landeszentralbanken aus. Einstimmig verlangte der Bundesrat, die Bundesregierung solle ein Gesetz über die Ordnung der Landeszentralbanken so rechtzeitig vorlegen, daß es zusammen mit dem Gesetz über die Errichtung einer Bundesnotenbank im Bundestag behandelt werden kann. Der Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Hartmann, erklärte, das Bundeskabinett werde Anfang Januar einen entsprechenden Entwurf verabschieden. Als Sitz der Bundesnotenbank haben die Länder mit großer Mehrheit Frankfurt vorgeschlagen, solange Berlin noch nicht wieder Hauptstadt Deutschlands ist.

Die Abänderungsvorschläge des Bundesrates sehen vor, daß die Präsidenten der Landeszentralbanken zur Ausübung ihrer Tätigkeit sowohl als Leiter der Landesbanken als auch als Mitglieder des Bundesbankrates nicht der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen. Für die Ernennung sollen allein die Landesregierungen zuständig sein. Der Bundesrat lehnt ferner die in dem Gesetzentwurf vorgesehene Personalunion für den Posten des Präsidenten des Bundesbankrats und des Präsidenten des Bundesbankdirektoriums ab.

Der Regierungsentwurf bestimme, daß das Grundkapital der Bundesbank 100 Millionen DM betragen soll. Die Bundesrepublik und die Landeszentralbanken sollen daran je zur Hälfte beteiligt werden. 50 Prozent der bisherigen Anteile der Landeszentralbanken am Grundkapital der Bank Deutscher Länder gehen auf die Bundesrepublik über. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung will den Landeszentralbanken dafür Ausgleichsleistungen geben, die mit drei Prozent jährlich zu verzinsen sind. Die Ländervertreter wollen den Landeszentralbanken stattdessen Schuldtitel des Bundes zukommen lassen, die mit sechs Prozent verzinst werden sollen.

Der Bundesrat billigte einen Gesetzentwurf über die Gewährung einer ruhegehaltsfähigen Zulage für Richter. Danach soll den Richtern rückwirkend vom 1. April 1952 eine Zulage von 1200 DM jährlich oder 100 DM monatlich gezahlt werden.

Schließlich billigte der Bundesrat die Abkommen zwischen der Bundesrepublik und der Schweiz über das deutsche Vermögen in der Schweiz, die schweizerischen Forderungen an das ehemalige Deutsche Reich und die Behandlung des Vermögens Schweizer Staatsangehöriger in Deutschland bei der Durchführung des Lastenausgleichs. Die Abkommen gehen jetzt an den Bundestag zur Beschlußfassung.

# Dibelius bittet für Kriegsgefangene

### Appell an den Moskauer Patriarchen — Russische Kirche eingeladen

Berlin (epd). Bischof D. Dibelius, dessen Moskau-Besuch bekanntlich von der russischen Kirche mit dem Hinweis auf eine angebliche Erkrankung des Moskauer Patriarchen abgelehnt worden war, hat, wie der Evangelische Pressedienst erklärt, an den Moskauer Patriarchen Alexius ein Schreiben gesandt, in dem er an das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche einen Appell für die deutschen Kriegsgefangenen richtet.

Seit der Nachricht über die geplante Moskau-Reise, so schreibt der Bischof, sei er mit Bitten überschüttet worden, etwas für die deutschen Gefangenen in Rußland zu tun. Diese Bitten seien Notrufe von einzelnen und in keiner Weise von politischen Stellen organisiert. „Ich kann“, so schreibt der Bischof in seinem Brief wörtlich, „von dem Gedanken, selbst nach Moskau zu fahren, nicht Abschied nehmen, ohne Euer Heiligste wenigstens auf diesem Wege dies große Leid ans Herz zu legen. Ich bin dessen gewiß, daß Euer Heiligkeit Mittel und Wege finden werden, in aller Stille dies Leid denen nahe zu bringen, in deren Macht es liegt, Abhilfe zu schaffen.“ Der Bischof behält sich vor, zu gegebener Stunde noch die Namen derer zu nennen, deren Schicksal ihn besonders am Herzen liege. Im Augen-

blick möchte er alles versuchen, was nach Agitation aussähen könnte.

Mit seinen Wünschen für eine baldige Genesung des Patriarchen verbindet der Bischof die Mitteilung, daß er der Evangelischen Kirche eine Freude sein werde, Vertreter der orthodoxen Kirche in Rußland in Berlin zu begrüßen. Für eine Begegnung, wie sie geplant war, werde es nie zu spät sein. Sie werde zur Vertiefung des Friedens dienen, der aller Wunsch und herliche Sehnsucht sei.

### Kollektivierung verkündet

Der Staatspräsident der Ostzone, Wilhelm Pieck, kündigte die weitgehende Kollektivierung der Landwirtschaft in der Sowjetzone nach dem „Grundsatz der Freiwilligkeit“ an. Die Zeit sei gekommen, durch Übergang von kleinen und zersplitterten Bauernwirtschaften zur Genossenschaftlichen Großproduktion den „Wohlfahrt der werktätigen Bauernschaft“ herbeizuführen, betonte Pieck bei der Eröffnung der Konferenz der Produktionsgenossenschaften in Ostberlin. Als Vorbild hierfür nannte er die „große sozialistische Sowjetunion.“ Ubricht drohte den Großbauern mit Zuchtstau und Enteignung, falls sie der fortschreitenden Kollektivierung Widerstand entgegensetzten.

# Eisenhower war drei Tage in Korea

Seoul (U.P.) Der neugewählte amerikanische Präsident Dwight D. Eisenhower hat sein Wahlversprechen verwirklicht und Korea einen dreitägigen Besuch abgestattet. Die strikte Nachrichtensperre, die über die Reise verhängt worden war, wurde erst aufgehoben, nachdem Eisenhowers Constellation-Flugzeug zum Rückflug nach den USA aufgestiegen war.

In Eisenhowers Begleitung befanden sich der Vorsitzende des Gremiums der amerikanischen Stabschefs, General Bradley, der Verteidigungsminister der zukünftigen republikanischen Regierung, Charles E. Wilson sowie der neue Generalstaatsanwalt (Justizminister) Herbert Brownell. Eisenhower befand sich verschiedene Mal unmittelbar hinter dem Kampfbefehlshaber der UN-Streitkräfte, General Mark Clark, und General van Fleet. Auch mit dem südkoreanischen Präsidenten Syngman Rhee traf er zusammen, wobei Rhee insbesondere um größere amerikanische Unterstützung bei der Frontausbildung der südkoreanischen Streitkräfte gebeten haben soll. Eisenhower nannte Staatspräsident Rhee einen „großen Mann“, der „alle Qualifikationen für einen bedeutenden Führer“ habe.

Es wurde berichtet, Eisenhower kehre von Korea in der Überzeugung zurück, daß die US-Hilfe für Korea verstärkt werden müsse, der

Krieg jedoch nicht weiter ausgedehnt werden dürfe. Vor der Presse erklärte er, es stehe fest, daß „viele zur Verbesserung unserer Lage getan werden kann und auch getan wird.“ Ein „Alibi-Mittel“ zur Lösung des Korea-Problems habe er jedoch nicht. Die Auswertung der Erfahrung, die er durch seinen Besuch gewonnen habe, werde sowohl für seine Mitarbeiter und ihn selbst, als auch für jeden in Korea während der kommenden Monate von Bedeutung sein.

Superfestungen der Alliierten Luftstreitkräfte flogge erneut Angriffe auf Ziele, die in der Nähe der macedonisch-koreanischen Grenze liegen. Auf den Verkehrsknotenpunkt Cholsan wurden insgesamt 100 Tonnen Bomben abgeworfen.

Nach zuverlässigen Informationen soll vorgesehen sein, umfassende Kampfmaßnahmen in Korea vorzubereiten, die mit einem Wieder-aufleben des vollen Krieges führen würden, falls bis zum kommenden Frühjahr noch immer kein Waffenstillstand abgeschlossen sein sollte.

General MacArthur erklärte auf einem Bankett der amerikanischen Industrie in New York, daß er einen neuen Plan zur Beendigung des Koreakrieges ausgearbeitet habe, den er demnächst Eisenhower vorlegen werde.

### China will Japan reparieren

In einer Sendung in japanischer Sprache hat

## Adenauer: Neue Verhandlungen unmöglich

Dr. Adenauer gab vor dem Bundestag bekannt, daß die USA sich verweigern haben, der Bundesrepublik für ihren Verteidigungsbetrag „die neuesten und besten Waffen“ zur Verfügung zu stellen. Adenauer nahm damit auf einen Vorwurf der SPD Bezug, die Kosten für die Ausrüstung der vorgesehenen 12 deutschen Divisionen von rund 40 Milliarden DM würden nicht aufgebracht werden können und das deutsche Truppenkontingent werde als schlecht bewaffnete Nachhut dastehen.

Der Bundeskanzler wandte sich anschließend energisch gegen die Vorwürfe Ollenhauers, er (Adenauer) reißt durch seine Politik eine tiefe Kluft im deutschen Volk auf und gefährde die Demokratie. Adenauer erinnerte an den Ausspruch Kurt Schumachers: „Wer diesen Verträgen zustimmt, bört auf, ein Deutscher zu sein“ und erklärte: „Wer so denkt und das sagt, der gräbt nicht nur einen Graben durch das deutsche Volk, sondern gibt dem Mißtrauen in der ganzen Welt gegen Deutschland neue Nahrung zum Schaden des deutschen Volkes.“

Erneut erteilte Adenauer der sozialdemokratischen Forderung, neu zu verhandeln, eine Absage. Indem er meinte, daß sich die Vertragspartner nach einer Ablehnung der Verträge durch Deutschland nie zu neuen Verhandlungen auf der Grundlage der Gleichberechtigung bereit erklären würden. Jetzt werde die Bundesrepublik ein Mitspracherecht an der Ausarbeitung der strategischen Pläne des Westens haben. Statt der Vorstellung von der Verteidigung westlich des Rheins entlang des Ardennen („das wäre unser Untergang“), könne dann die Verteidigung möglichst weit im Osten, möglichst am Eisernen Vorhang und möglichst offensiv verwirklicht werden. Dieser These habe ja auch Schumacher immer zugestimmt, gegen den er übrigens, wie er am Anfang seiner Rede sagte, nie persönlichen Haß gefühlt habe oder gar jetzt fühle.

sich die romanesque regierung oerent erklärt, 30 000 noch in China weilende japanische Kriegsgefangene zu reparieren, wenn Japan die Verschiffung nach Nippon übernehmen werde. Peking hatte bisher behauptet, es befände sich keine größere Anzahl japanischer Kriegsteilnehmer mehr auf chinesischem Gebiet. Japan hat die indische Regierung ersucht, die „wahren Absichten“ Pekings zu sondieren und Japan in dieser Frage zu vertreten.

## Nationalistenführer bei Tunis ermordet

### Proteststreik der Gewerkschaften — War die „Rote Hand“ im Spiel?

Tunis (U.P.) Fezrat Hached, der Generalsekretär des Allgemeinen Tunesischen Gewerkschaftsbundes und ein prominentes Mitglied der nationalistischen Neo-Destour-Partei, ist von unbekanntem Attentätern ermordet worden.

Das französische Oberkommando in Tunesien verkündete daraufhin eine sofortige Ausgangssperre, um etwaigen Unruhen vorzubeugen. Der Tunesische Gewerkschaftsbund, dem 80 000 arabische Arbeiter angehören, hat aus Protest gegen die Ermordung Hacheds einen Generalstreik ausgerufen, der bis Sonntag dauern soll. Auch sämtliche Läden, deren Besitzer Tunesier sind, haben inzwischen geschlossen.

Hached von mehreren Schüssen durchbohrte Leiche wurde etwa 50 km südlich von Tunis an einer einsamen Straße gefunden. Sein zusammengeschoener Wagen stand verlassen etwa 15 km südlich Tunis, ganz in der Nähe von Karthago, wo sich der Sommerpalast des Beys befindet. Der ermordete Gewerkschaftsführer gehörte zu den 40 Tunesiern, die der Bey von Tunis beauftragt hatte, die französischen Reformvorschlüsse zu prüfen. Der „Verziergarauschuß“ lehnte diese Vorschläge rundweg ab. Die französischen Kolonialisten in Tunesien haben vor einiger Zeit eine konterterroristische Organisation gebildet, die sich „Rote Hand“ nennt. Es ist möglich, daß diese Bewegung für den Mord an Hached verantwortlich ist.

Der französische Generalresident Jean de Hauteclocque flog nach Paris, um mit Ministerpräsident Pinay und Außenminister Schuman über die Lage in Tunesien zu beraten. Nach dieser Sitzung gab Hauteclocque eine Erklärung heraus, in welcher es heißt, er habe „mit der französischen Regierung die notwendigen Maßnahmen zur Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung in Tunesien beschlossen. Terroristische Aktionen, gleich welchen Ursprungs, werden energisch unterdrückt werden.“

Gleichzeitig begann in New York die Tunesiendebatte der UN-Generalversammlung, die von Frankreich boykottiert wird. Diese Haltung der französischen Regierung wurde am Donnerstag abend durch die Veröffentlichung eines Briefes des französischen Außenministers Robert Schuman an den Bey von Tunis erneut begründet. Schuman behauptet in diesem Brief, die UN hätten kein Recht, sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs — und das tunesische Problem sei eine solche innere Angelegenheit — einzumischen. Gleichzeitig erschien an allen Zeitungsständen von Frankreich ein Weißbuch der Regierung, welches den Schriftverkehr zwischen der französischen Regierung und dem Bey von Tunis enthält.

Der ehemalige tunesische Justizminister Salah ben Jussef, welcher der Tunesiendebatte der UN-Generalversammlung beiwohnt, sagte, es bestehe kein Zweifel, daß der Mord von der französischen Kolonialorganisation „Die rote Hand“ verübt wurde. Die Nachricht von der Ermordung des tunesischen Gewerkschaftsführers wurde in Kreisen der UN-Generalversammlung mit größter Bestürzung aufgenommen. Man befürchtet, daß die arabischen und asiatischen Staaten, die bisher in der Tunesiendebatte Mäßigkeit gezeigt hatten, jetzt eine schärfere Tonart anschlagen werden.

Dr. Walter Raymond, der bisherige Vorsitzende der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, ist von der Mitgliederversammlung der Bundesvereinigung ermordet in seinem Amt bestätigt worden.

Aus der Stadt Etlingen

Der Nikolaustag ist da!

Endlich ist es wieder soweit: Der Nikolaustag ist da! — Wie oft hat man von ihm in den letzten Wochen gesprochen...

Die Zeit zwischen dem Nikolaustag und dem Dreikönigstag ist überaus reich an altem Brauchtum, das in jeder Gegend unserer süddeutschen Heimat wieder verschieden geartet ist...

„St. Nikolaus, leg' mir ein, Was Dein guter Will' mag sein: Apfel, Birnen, Nuß und Kern...

Der Nikolaustag war in verschiedenen Orten der Beginn der Vorbereitungszeit auf die „Zwölfächte“...

„Geheimnisvolle Zeit, so mögen wir diese Tage, die mit dem Nikolaustag beginnen, nennen...

Infolge des Zeitungsstreiks

war es heute leider nicht möglich, die Zeitung pünktlich herauszugeben. Auch der Umfang der EZ ist deshalb heute geringer...

Die Jagd hat begonnen

Sicherlich haben Sie schon während der ganzen letzten Woche nach Lösungen für unsere Schitzzeitung gesucht. Ganz bestimmt werden Sie in der heutigen Ausgabe mit ihren zahlreichen Inseraten einige Schmitz finden...

Geldliche Abendmusik in der Evang. Kirche

Am zweiten Adventssonntag, den 7. Dezember, 30 Uhr findet in der Evang. Kirche in Etlingen eine geistliche Abendmusik statt...

Die gelben Fahnen wehen

Die Wintersporttage der Albtalbahn verkehren bei günstigen Schneeverhältnissen nach Herrenalb ab Etlingen-Stadt: werktags 7.29 und 10.30, sonntags 8.23, 9.23, 10.26 und 10.26 Uhr...

Abgabe von Anträgen nach dem Feststellungsgesetz, Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe) und Hausarbeitsbeschädigung (Hausarbeitslohn)

Wegen Aufarbeitung der bisher abgegebenen Anträge finden ab sofort an den Nachmittagen keine Sprechstunden mehr statt. In erster Linie sind die Anträge auf Kriegsschadenrente (Unterhaltshilfe) in Verbindung mit den Anträgen auf Feststellung von Verletzungs-, Ober- und Kriegsschaden abzugeben...

Ausnahmgenehmigung zur Vornahme von Nacharbeit in Bäckereien und Konditoreien

Vom Staatl. Gewerbeaufsichtsamt Karlsruhe ist für Bäckereien und Konditoreien folgende Ausnahmgenehmigung erteilt worden: Abweichend von § 5 des Gesetzes über die Arbeitszeit in Bäckereien und Konditoreien...

darf am Dienstag, den 23. Dezember, Mittwoch, den 24. Dezember und Mittwoch, den 31. Dezember 1952, mit den Nacharbeiten bereits um 1.00 Uhr begonnen werden.

Jugendliche unter 18 Jahren dürfen nicht vor 8.00 Uhr und Jugendliche zwischen 18 und 18 Jahren nicht vor 4.00 Uhr beschäftigt werden. Die tägliche Arbeitszeit der Erwachsenen darf höchstens 10 Stunden, die der Jugendlichen höchstens 9 Stunden betragen.

Film-Vorschau

„Dreimal Hochzeit“

zeigen die Union-Lichtspiele bis Montag. Sentimentalität und Groteske, Sinn und Unsinn sind in diesem Stück verwoben, das dadurch einen besonderen Reiz erhält...

„Der Riese Tu-nicht-gut“

ein Märchenfilm, läuft am Samstag 17 Uhr und am Sonntag 14 Uhr.

„Salon in Salzburg“

Wer dieses Stück schon auf der Bühne gesehen hat, der wird entzückt sein über die Verwandlung, die „Salon in Salzburg“ auf der Leinwand erlebt. Daß Schauspieler nicht nur in ihrem Beruf ihren Mann stellen können, das beweisen sie in dieser Filmoperette...

„Abenteuer auf Sizilien“

zeigen die Capitol-Lichtspiele am Sr. tag und Sonntag 22 Uhr. Der mit allem Aufwand großzügiger Produktion gedrehte Hollywoodfilm berichtet vom Befreiungskampf der Sizilianer gegen die neapolitanische Fremdherrschaft.

Badisches Staatstheater

Großes Haus: Samstag geschlossene Veranstaltung der Technischen Hochschule. Sonntag 20 Uhr „Der Vetter von Dingsda“, Operette von Künneke. Ende 22.30 Uhr.

Schauspielhaus: 29 Uhr einmaliges Gastspiel Käthe Dorsch mit Ensemble: „Theater“, Komödie von Somerset Maugham. Ende 22.30 Uhr. Sonntag 11 Uhr Einführungsvortrag in das 3. Synchronkonzert. Ende 12 Uhr. Sonntag 14.30 Uhr 4. Vorstellung für das Fremden-Sonntags-Abonnement Schauspielgruppe C und freier Kartenverkauf: „Herbert Engelmann“, Drama von Hauptmann/Zudemayer. Ende 16.45 Uhr. Sonntag 20 Uhr Neuzinszenierung: „Iphigenie auf Tauris“, Schauspiel von J. W. von Goethe. Ende 22.15 Uhr. — Inszenierung: Everth — Bühnenbild: Sutz — Kostümbild: Schellenberg — Mitwirkende: Zietemann, Leitgeb, Lennbach, Müller-Graf, Rednitz.

Aus der badischen Heimat

Finanzamt soll in das Gefängnis kommen

Weinheim (sw). In Weinheim wird gegenwärtig die Möglichkeit geprüft, das jetzige Amtsgefängnis in ein Dienstgebäude für das Finanzamt umzubauen. Die Justizverwaltung hat sich bereit erklärt, das Anwesen zu kaufen und das Gefängnis entweder umzubauen oder abbrechen zu lassen, um dort ein neues Finanzamt zu errichten.

Heidelberger Hafenanlage vergrößert

Heidelberg (sw). Die in den letzten Monaten modernisierte und vergrößerte Heidelberger Hafenanlage ist dieser Tage eingeweiht worden. Neben einem Brückendrehkran, der eine Leistung von 100 Tonnen in der Stunde aufweist, wurden zwei Kohlenilos, ein Gipsilo und ein Kiesilo erstellt. Die Fläche der Gesamtanlage beträgt 35 100 Quadratmeter. Davon sind 16 000 Quadratmeter für Lagerzwecke vorgesehen.

15 Jahre Zuchthaus für Paskiewicz

Oberstaatsanwalt beantragte lebenslanglich Zuchthaus. Freiburg (sw). Der 22 Jahre alte Bankräuber Josef Paskiewicz aus Lodz wurde vom Schwurgericht Freiburg zu 15 Jahren Zuchthaus, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von acht Jahren und Polizeiaufsicht verurteilt.

Paskiewicz wurde vom Schwurgericht des besonders schweren Raubs in Tateinheit mit gefährlicher Körperverletzung mit Todesfolge, eines weiteren schweren Raubs mit räuberischer Erpressung, einer Freiheitsberaubung und gefährlicher Körperverletzung und eines Mordversuchs für schuldig befunden. Beim Überfall auf die Bank verurteilte das Gericht eine Mordabsicht des Angeklagten.

Während seines Schlußwortes, in dem er den Tod des Bankvorstehers Merkt beklagte, brach Paskiewicz mehrere Male in Tränen aus. Er bat das Gericht, ihm eine Strafe zu geben, die ihm später eine Rückkehr zu seiner Mutter erlaube.

Dreijähriges Kind erstickt

Freiburg (sw). Einem tragischen Erstickungstod fiel in Sölden bei Freiburg das 3jährige Kind einer Witwe zum Opfer. Die Mutter des Kindes hatte am Abend in ihrem Schlafzimmer zum Anwärmen des Bettes einen elektrischen Heizschirm angeschlossen und sich dann für etwa eine Stunde aus dem Hause entfernt. Als sie wieder in die Wohnung zurückkehrte, war das Zimmer voll Rauch und das Kind lag erstickt in seinem Bettchen. Der Heizschirm war vollkommen verkohlt. Auch das Bett der Frau war bis zu den Matratzen angekohlt.

Referat Weinbau hat ein Badener

Freiburg (sw). Der Geschäftsführer des Badischen Weinbauverbandes in Freiburg, Regierungswirtschaftler Wilhelm Engelhardt, ist zum Leiter des Referates Weinbau im Landwirtschaftsministerium von Baden-Württemberg ernannt worden. Mit der Führung der Geschäfte des Referates Weinbau in der Unterabteilung Landwirtschaft des Regierungspräsidiums Südbaden wurde Landwirtschaftsinspektor Fritz Püngel, der bisher beim Landwirtschaftsamt Mühlheim tätig war, beauftragt. Der Badische Weinbauverband hat bisher noch keinen neuen Geschäftsführer bestellt. Ferner wurde der bisherige Leiter der Abteilung Landtechnik im früheren Badischen Landwirtschaftsministerium, Landwirtschaftsreferat Willi Stratz, zum Leiter der Abteilung Landtechnik im Landwirtschaftsministerium berufen.

Sonne und Frost, aber wenig Schnee

Freiburg (sw). Da in den letzten 24 Stunden nur wenig Neuschnee gefallen ist, bestehen im Südschwarzwald im allgemeinen erst oberhalb tausend Meter ausreichende Wintersportmöglichkeiten. Im Feldberggebiet liegt auf 30 bis 40 Zentimeter Alt Schnee eine dünne Pulverschneedecke. Unterhalb von tausend Metern beträgt die Schneehöhe fast nirgends mehr als zehn Zentimeter. Etwas besser sind die Verhältnisse im Nordschwarzwald, wo vielfach schon von 800 Metern an bei Schneehöhen von 30 bis 30 Zentimetern auf Pulver die Sportmöglichkeiten als gut bezeichnet werden. Die Schneeverhältnisse: Feldberg 30 cm Pulver, Sport gut, Herzogenhorn 40 Pulver, Sport gut, Hinterzarten 15 Pulver, Ski möglich, Kniebis 30 Pulver, Sport gut, Hundstok 23 Pulver, Sport gut, Rahestein 30 Pulver, Ski möglich.

Tobsüchtiger demoliert Wohnung

Villingen (sw). Ein etwa 39 Jahre alter verheirateter Mann bekam aus unbekanntem Grund plötzlich einen Tobsuchtsanfall. Er befand sich allein in seiner Villingen Wohnung, aus deren Fenster plötzlich Lampenschirme, kleinere Möbelstücke und Scherben aller Art auf die Straße flogen. Nachdem er sich in seiner eigenen Behausung ausgelebt hatte, zertrümmerte er die Flurensteine des Hauses und stürzte anschließend auf die Straße, wo er sich wie ein Rasender gebärdete, ohne jedoch Passanten zu belästigen. Eine Frau in der Nachbarschaft alarmierte schließlich die Polizei, die einen Krankenwagen schickte. Als der Wagen erschien, trat der Tobsüchtige zum Erstaunen aller Umstehenden gelächelt seine „Sonderfahrt“ an.

Protest südbadischer Gemeinderäte

Waldshut/Heidenheim (sw). Ein Waldshuter CDU-Stadtrat ist mit der Begründung von seinem Amt zurückgetreten, daß die vierjährige Wahlperiode der südbadischen Gemeindevertreter abgelaufen sei und er die von Stuttgart angeordnete Amtsverlängerung vom demokratischen Standpunkt aus nicht anerkennen könne. Mit der gleichen Begründung ist dieser Tage auch der gesamte Gemeinderat der Gemeinde Staufen im Kreis Waldshut zurückgetreten.

Überlingen (sw). Der Negle-Hof bei Bondorf im Kreis Überlingen wurde genau drei Jahre nach einem Raubüberfall durch maskierte Polen, erneut von einem bewaffneten Einbrecher heimgesucht. Als ein Knecht und die Bäuerin des Hauses gerade in der Stube waren, trat ein etwa 20 Jahre alter Mann ein und forderte die beiden mit vorzeigter Pistole auf, die Hände hochzuheben. Als der Knecht diesem Befehl nicht sofort nachkam, gab der Eindringling einen Schuß ab. Trotzdem ging der Knecht auf den Einbrecher zu und verwickelte ihn in ein Handgemisch, in dessen Verlauf ein zweiter Schuß fiel. Schließlich konnte sich der Einbrecher losreißen und mit Hilfe eines au-

bernau des Hauses versteckten Fahrrades entfliehen. Der Tat verdächtig ist ein Mann aus Überlingen, der in einer Nachbargemeinde beschäftigt ist.

Aus den Nachbarländern

Etatsführung Südbadens wird geprüft

Erste Arbeits Sitzung des Untersuchungsausschusses

Stuttgart (sw). In öffentlicher Sitzung nahm der von der Verfassunggebenden Landesversammlung am 23. Juli 1952 für die Prüfung der Haushaltsführung des ehemaligen Landes Südbaden eingesetzte parlamentarische Untersuchungsausschuß die Reihe seiner Arbeitssitzungen auf. Der Sitzung wohnte auch der ehemalige südbadische Finanzminister Dr. Eckert bei. Der Untersuchungsausschuß beauftragte den ehemaligen Präsidenten des Rechnungshofes von Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern, Dr. Hoffmeister, ein Gutachten über die Haushaltsführung des ehemaligen Landes Südbaden und über die Ursachen der Verschuldung auszuarbeiten.

Der SPD-Abgeordnete Alex Möller teilte in der sehr lebhaften Aussprache im Ausschuß mit, daß Baden-Württemberg eine Gesamtverschuldung des ehemaligen Landes Südbaden von voraussichtlich 130 Millionen DM übernehmen müsse. Möller beanstandete vor allem, daß die maßgebenden Instanzen Südbadens die vom ehemaligen Finanzminister Dr. Eckert am 10. Juli 1951 über die Verschuldung Südbadens zu Beginn des Rechnungsjahres 1951 abgefaßte vertrauliche Denkschrift nicht berücksichtigt hätten. Der Haushaltsfehlbetrag von 1949 hätte spätestens im Haushalt 1951 abgedeckt werden müssen. Scharfe Kritik übte Möller auch an der Tätigkeit und am Haushaltsgebaren der südbadischen Rechnungskammer.

Dr. Gebhard Müller (CDU) erklärte, daß der Ausschuß erst den Sachverhalt klären und Sachverständige hören müsse. Das Urteil dürfe keinesfalls vorweggenommen werden.

Sport-Nachrichten der EZ

Start der Südwest-Wasserballrunde

Am kommenden Wochenende wird in Freiburg die erste Runde der vor kurzem neugegründeten badisch-württembergischen Wasserballrunde ausgetragen. Das Turnier wird am Samstag mit folgenden Spielen eröffnet: SSV Eblingen gegen SV Ludwigburg und Nikar Heidelberg gegen Freiburger FC. Am Sonntagvormittag werden die Kämpfe wie folgt fortgesetzt: SV Ludwigburg gegen Nikar Heidelberg und SSV Eblingen gegen Freiburger FC. Mit den Begegnungen SSV Eblingen gegen Nikar Heidelberg und SV Ludwigburg gegen Freiburger FC wird das Turnier am Sonntagnachmittag beendet. Als Favorit der ersten Runde der badisch-württembergischen Wasserballrunde gilt die Mannschaft des SV Ludwigburg, die bei den deutschen Wasserballmeisterschaften 1952 den fünften Platz belegte.

Der Handball in Baden

In der Nordgruppe führt derzeit Birkenau nur auf Grund der Tatsache, daß die Mannschaft zwei Spiele mehr ausgetragen hat, die Tabelle an. Diese Position sollten die Birkenauer im Heimspiel gegen Heidenheim behaupten können. Die Südschwaben Ketsch dürfte auf eigenem Platz wenig Federlesen mit dem Tabellenletzten Schwetzingen machen. Dagegen muß sich Leutenchansen strecken, wenn die Punkte beim VII gewonnen werden sollen. Altmeister Bet gilt zu Hause gegen Weinsim als Favorit, und Otterheim müßte mit Sieg und Punkten die Heimreise aus Mannheim-Waldhof antreten können. In der mittelbadischen Handballverbandsliga stehen die führenden Mannschaften vor leichten Spielen. Hünheim sollte die Tabellenführung in Kapfenweider zurückgewinnen, St. Leon vor eigenem Anhang dem Neuling Kromau klar ausspielen und Mühlburg/Phönix die Guggenauer sicher distanzieren können.

Intra-Jörgensen Sechste in Kopenhagen

Das deutsch-dänische Team Theo Intra/Wenzel Jörgensen belegte im Endklausament des achten Kopenhagener Sechstager-Rennens den sechsten Platz. Intra/Jörgensen hatten 146 Punkte und lagen nach 145 Runden zwei Stunden hinter dem siegreichen Team Lucien Gillen/Kay Werner Nielsen (Luxemburg/Dänemark).

Robinson gibt seines Titels verlustig

Der Vorsitzende der „New York State Athletic Commission“, Robert Christenberry, erklärte den Titel des Boxweltmeisters im Mittelgewicht für vakant. Der Titel wurde von Sugar Ray Robinson (USA) gehalten. Diese Maßnahme wurde bekanntgegeben, weil Robinson sich nicht an die Vorschriften gehalten hat, nach denen der Weltmeistertitel innerhalb von sechs Monaten verteidigt werden muß. Der letzte Titelkampf fand am 13. Mai dieses Jahres statt. Robinson wurde zweimal eine Verlängerung der Verteidigungspflicht, das erstmalig vom 12. November bis zum 1. Dezember und das zweitemal bis zum 3. Dezember gegeben. Der Boxer machte jedoch von dieser letzten Möglichkeit, seinen Titel zu halten, keinen Gebrauch.

Carrara-Zoll gewannen Berliner Sechstagerrennen

In der Sporthalle am Funkturm gewann die französisch-deutsche Mannschaft Carrara-Zoll das 37. Berliner und 108. deutsche Sechstagerrennen mit zwei Runden Vorsprung vor den Schweizern Roth-Bucher.

FV. Mülhacker auf den Wasen

Mit der Begegnung gegen die Senderstädter beschließt der Etlinger Fußballverein die Vorrunde der Punktspiele. Etlingen seinerseits will natürlich in heimischer Umgebung zu einem Sieg kommen und damit eine adäquate Tabellenposition zu Ende der Halbbrunde sichern. Andererseits liegen die Gäste durch einen unglücklichen Start ungünstig in der Tabelle und eine Niederlage würde sie weiter im Gefahrenbereich des Schlußlichtes belassen. Etlingen tritt mit seiner bewährten Mannschaft an und sollte so eine Chance mehr haben. Spielbeginn 14.30 Uhr. Im Vorspiel stehen sich die Reserven der beiden Vereine gegenüber.

Am Vormittag spielt die Jugendabteilung mit zwei Mannschaften. Die B-Jugend empfängt die Sportfreunde Fordheim. Spielbeginn 10 Uhr. Im Anschluß daran stellt sich die A-Jugend des FC. Allem. Bruchhausen.

Der große Baumeister Paul Bonatz
Der weltbekannte Künstler und Architekt wird am 6. Dezember 75 Jahre alt

Bonatz ist gebürtiger Elässer, vier Jahrzehnte erfolgreicher Bautätigkeit haben ihn mit der süddeutschen Landschaft überaus eng verbunden. Durch vieljährige Bauaufträge wurde er zum Europäer mit weltom Gesichtskreis...

Dabei darf freilich der Name seines Lehrers nicht vergessen werden. Im Jahre 1902 wurde er Assistent bei Theodor Fischer an der Technischen Hochschule in Stuttgart. 1908 wurde Bonatz als ordentlicher Professor der Nachfolger seines Lehrmeisters...

Das Jahr 1943 brachte für ihn eine wichtige Entscheidung: die Berufung als beratender Architekt der türkischen Regierung in Ankara. Dort bot sich ihm ein wenig erschlossenes Neuland mit weitgesteckten Zielen...

In Süddeutschland sind seine Werke wahrhaft volkstümlich geworden. Wer den Namen Bonatz ausspricht, denkt dabei an den Stuttgarter Hauptbahnhof, an die Neckarbrücke und Schloßbauten in Heilbronn...

Noch immer ist sein sprühender Geist mit kühnen Plänen beschäftigt. Er gehört noch lange nicht zum alten Eisen...

Soziale Marktwirtschaft bewährte sich
Versammlungen der Arbeitgeberverbände und des Groß- und Außenhandels

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände legte auf ihrer Mitgliederversammlung den Jahresbericht 1952 vor...

Der Bericht bringt erstmalig eine Tabelle über die Verteilung des Netto-Sozialprodukts der Industrie auf die beteiligten Einkommensgruppen...

Die besorgniserregende Liquiditätslage vieler westdeutscher Unternehmen könne nur durch eine Revision der Steuer- und Finanzpolitik gebessert werden...

Sonnemann: Kauft weniger Butter!

Der Staatssekretär im Bundesernährungsministerium, Theodor Sonnemann, forderte in einem Interview mit der United Press die Verbraucher auf, einsichtig zu sein...

325 Millionen DM Wohnungsbaukredite
Die Bundesregierung hat dem Bundesrat einen Gesetzentwurf zur Beschaffung von 325 Millionen DM für Kredite zur Förderung des Wohnungsbaus...

Aufwertung der Berliner 'Gralikonten'
Bundesfinanzminister Schäfer wird dem Bundeskabinett in Kürze einen Gesetzentwurf vorlegen...

Deutsches EZU-Defizit im November
Die Bundesrepublik mußte im November im Zahlungsverkehr mit der Europäischen Zahlungsunion ein riesiges Defizit hinnehmen...

Vorteile der Lastenausgleichsablösung
Die Zinsen werden eingepart

Auf die Vorteile einer vorzeitigen Ablösung der Lastenausgleichsausgaben wies ein Sprecher des Bundesfinanzministeriums in Bonn vor der Presse hin...

Als Arten der Ablösung kommen neben der Vollablösung, d. h. die Ablösung sämtlicher in Zukunft zu erbringenden Leistungen...

Die Ablösung der Lastenausgleichsausgaben kann vorgenommen werden, noch bevor die Höhe der Vierteljahresbeträge auf Grund der Veranlagung feststeht...

Einzelhandel ist nicht zufrieden

Kaufkraft des Verbrauchers war zu schwach
Die Erwartungen des Einzelhandels, daß sich die Umsätze über den saisonüblichen Stand erheben würden, haben sich bisher nicht erfüllt...

Deutsch-österreichisches Sozialabkommen

Wie das Bundesarbeitsministerium bekannt gab, wurden in Bonn die Ratifikationsurkunden zum deutsch-österreichischen Abkommen über Sozialversicherung ausgetauscht...

Montanunion gefährdet Außenhandel nicht

Der Handel mit dritten Ländern außerhalb der Montanunion werde durch die Verwirklichung des gemeinsamen Marktes für Kohle und Stahl nicht gefährdet...

Exportsteigerung dringend notwendig
Sorgenvoller Oktoberbericht der Bank Deutscher Länder

Die Bank Deutscher Länder sieht in ihrem neuesten Monatsbericht die in den letzten Wochen eingetretene Zunahme der Arbeitslosigkeit im Bundesgebiet als ein Zeichen der weiterbedingten Abschwächung im autonomen Wirtschaftswesen...

Dies beweise insbesondere der Index der westdeutschen Industrieproduktion, der von knapp 138 Punkten im Juli auf 132 Punkte im Oktober im Bundesgebiet als ein Zeichen der weiterbedingten Abschwächung im autonomen Wirtschaftswesen...

Wenn sich die Industrieproduktion des Bundesgebietes als Ganzes trotzdem seit dem Sommer um etwa 15 Prozent erholt habe, so sei dies im wesentlichen auf den Aufschwung in der Verbrauchsgüterwirtschaft zurückzuführen...

Die Entwicklung im Investitionsgüterbereich sei mit einer gewissen Sorge zu betrachten. Das Niveau der Kapitalgüterproduktion sei im Oktober niedriger als vor der Urlaubszeit im Juli und August gewesen...

Den negativen Wirkungen der Investitionskonjunktur stünden auch eine Reihe von entgegengerichteten Tendenzen gegenüber. So seien zum Beispiel die Aussichten des Wohnungsbaus inhaltlich günstig...

Das letzte Halbjahr habe mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie sehr die Beschäftigungspolitik der deutschen Investitionsgüterindustrie vom Auslandsabsatz abhängig sei. Eine Steigerung des Exportes sei daher einmal aus Gründen einer Beschäftigungssicherung notwendig...

Sonstige Zeichnung der Raab-Bonds

Bei der sechsten Prämienziehung der Bundesanleihe 1953 (Raab-Bonds) entfielen in den Reihen A bis E Gewinne auf folgende Nummern: 30.900 DM auf die Gruppe 096 Nummer 392, 25.000 DM auf die Gruppe 200 Nr. 85, 10.000 DM auf die Gruppe 326 Nr. 437, 10.000 DM auf die Gruppe 133 Nr. 374...

Lest die Ettliger Zeitung

den Herren nicht. Eines Tages könnte doch die Quittung präsentiert werden...

Sekundenlang kämpft Cornelia mit sich selbst. Dann erliegt sie der allzu süßen Versuchung...

Einmal, ein einziges Mal nur, bloß ein paar Minuten, soll ihr dieses Kleid gehören! Ihr ganz allein...

Für sich selbst nur will sie es einmal tragen. Will wenige Minuten nur den weichen schimmernden Atlas, die zarte Seide auf ihrem Körper spüren!

Mit bebenden Händen streift Cornelia die schwarze Seide über. Sie knirscht und rauscht leise, aber sie schmeigt sich auf eine wundersame Weise den Formen ihres schlanken Körpers an...

Die Taille ist eng. Aber der Rock ist weit und füllig und läßt doch seitlich jede Linie ihres Körpers erkennen...

Cornelia steht vor dem Spiegel und erstarrt vor ihrem eigenen Bild. Es ist, als ob das Kleid sie auf einmal in wunderbarer Weise verwandelt hätte...

Ihre Haare sind blonder, ihre Schultern schmaler. Ihre Augen sind strahlender geworden. Sie sieht die Linie ihrer festen Brüste sich so deutlich abzeichnen, daß sie vor sich selbst errötet...

Ihre ganze Gestalt kommt ihr anmutiger, zarter vor als je. Sie folgt staunend dem Schwung der Kurve, die an den fast nackten Schultern beginnt und sich bis zu den Füßen hinzieht, die in den silbernen Schuhen zart und stierlich erscheinen...

Cornelia empfindet mit einem Male eine irre Sehnsucht, einmal, ein einziges Mal nur, so durch die Halle des Waldes-Alm zu schreiten, mitten durch die Reihen der Gäste dieses stolzen, teuren Luxushotels. Einmal sich zu bewundern zu lassen, beneidet zu werden...

Zweimal CORNELIA

ROMAN VON JO BRENDL

Copyright by Dr. Paul Herrsch, Tübingen durch Verlag v. Orberg & Götz, Wiesbaden

Dem Hannes verschlingt es die Sprache. Er muß sich erst mal eine Pfeife anstecken, ehe er diesen starken Tabak verdauen kann. Mit herrischer Geste schneidet er die letzten Hasen in die Budé. Tritt dann ganz nahe an den Toni heran...

'Ja, hüt schb'!' meint der Toni schelzuckend und berichtet haarklein, was ihm die Annamir erzählt hat von dem Hannes Heglund seinem Bild auf dem Schreibtisch von der hübschen blonden Dame, wo in Nr. 8 wohnt und in Wirklichkeit ein Filmstar ist...

Plötzlich, während er noch kopschüttelnd die Treppe zu seinem Mansardenstübchen emporsteigt, kommt ihm ein Gedanke. Ein an sich vergessener, aber irgendwie doch ausführbarer Gedanke...

Hannes Heglund tritt in sein Zimmer. Reißt ein Kommodenschub auf. Da liegt sie immer noch schwarz auf weiß, fein silberlich abgetippt. Aber niemals gedruckt...

Die Doktorhandschrift des Land, ihn Hannes Heglund. Dem nichts fehlt zum Promovieren als das Geld, das hübschen eintägigen Geldes, das nun einmal dazugehört...

'Ueber die elektro-akustische Klärung im Tonbildverfahren' heißt der Titel dieser nie gedruckten Doktorarbeit. Ein scheinlich langer, ein geradezu abschreckender Titel hier droben im Schein des gelblich-roten Bergmondes betrachtet. Aber für so einen Filmstar, so einen Klappschub ein ganz interessanter Titel...

Vielleicht ist die hübsche Blonde da drüben im Waldes-Alm, die ein Bild bei sich trägt, das ihm so ähnlich sehen soll, gleich mit ihrem hohen Gemahl oder geradem Freund da...

Vielleicht bietet sich doch eine Chance, einmal mit so etwas Einflußreichem ins Gespräch zu kommen? Wenn es schon nicht zum Doktor reicht, vielleicht kann man ein paar Mark aus der Geschichte herausholen und sich mal ein paar vermögliche Wochen ohne immer purzelbaumschlagende Skifahren beneuschlichen zu lassen!

Hannes Heglund faßt einen Entschluß. Einen verwegenen, aber durchaus logischen Entschluß. Morgen, in aller Frühe, wird er hinüber wandern ins Waldes-Alm. Wird sein Glück versuchen...

Sollen die Hasen mal ohne ihn ihre Badenwanne im Neuschnee bauen? So einen Filmstar trifft man so rasch nicht wieder!

Als Cornelia Lucas an diesem Abend, nach dem Diner auf ihr Zimmer kommt, bleibt sie, noch im Türschwengel fassungslos stehen. Vor ihr, materialig auf der breiten Couch, wie von Geisterhand hingezaubert, liegt ein Märchen...

Ein Märchen aus schwarzem Atlas und changierender Seide, mit tiefem Decolleté und mit schimmerndem Strauß garniert. Davor ein paar zierliche Schuhe aus Silberbrokat genau wie das Aschenbrödel sie von der guten Fee bekam...

Ich träume, denkt Cornelia. Ganz sicher träume ich. Vielleicht habe ich mich auch in der Zimmernummer geirrt. Sie schließt rasch die Augen und macht sie langsam wieder auf. Aber es ist kein Spuk, kein Gebilde der Phantasie, sondern Wirklichkeit...

Das Zimmer in dem sie steht, ist das ihre. Und auf der Couch liegt immer noch das Atlasmärchen. Die Silberschuhe stehen davor. Und jetzt fällt ihr Blick auch auf ein winziges Briefchen, das neben dem Atlaswunder auf einem der Klisser ruht. Sie reißt es hastig auf...

Mit der Bitte, morgen abend nicht zu fehlen... Cornelia schüttelt den Kopf und nickt. Es ist ein wehmütiges Lächeln. Der gute Onkel Zitterlin! Was denkt er eigentlich, was er vor sich hat? Glaucht er, daß eine kleine Stenotypistin ein solches Modellkleid jemals in ihrem Leben wird bezahlen können?

Es tut ihr selbst leid. Aber Geschenke dieser Art läßt eine Cornelia Lucas sich nicht machen. Auch von älteren, höchst wohlwollen-